

Spanien

Ignacio Molina / Susanne Grätius

Fast ein Jahr lang – von Dezember 2015 bis Oktober 2016 – hatte Spanien aufgrund einer internen Parteienblockade, selbst nach einem zweiten Wahlgang am 26. Juni 2016, keine voll funktionsfähige Regierung. Diese Tatsache wirkte sich sehr negativ auf die spanische Außen- und Europapolitik aus, die ausgerechnet in einem Jahr der wichtigen Entscheidungen (Brexit und Zukunft der Europäischen Union) an Einfluss und Gewicht verlor und allenfalls Anfang 2017 wieder an Schwung gewinnen könnte.

Die schwache internationale Position Spaniens stand im Gegensatz zum wirtschaftlichen Aufschwung, der trotz interner Krise anhielt und auf die Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft unterstützend wirkte. Im Herbst 2016 befand sich Spanien im Gegensatz zum Vorjahr (als die spanische Position in der Europäischen Union durch die lange Wirtschaftskrise sehr geschwächt war) in einer, auch im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten, wesentlich besseren Ausgangssituation, konnte diesen Vorteil aber nicht für eine aktivere politische Rolle in der Europäischen Union nutzen. Der dennoch moderate Optimismus in Spanien basierte auf drei Stärken: Wirtschaft, Sicherheitslage und pro-europäischer Konsens.

Stabiles Wachstum, Sicherheit und pro-europäischer Konsens

Mit Blick auf die Wirtschaftsentwicklung verzeichnete Spanien 2015 eine Wachstumsrate von 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), was doppelt so hoch wie der Durchschnittswert in der Eurozone war und weit über dem Ergebnis der Europäischen Union insgesamt (mit einem Anstieg von 1,9 Prozent des BIP) sowie dem der großen Mitgliedstaaten und der südeuropäischen Länder lag.¹ Zwar bestanden noch immer gravierende Probleme wie die hohe Arbeitslosigkeit (19,8 Prozent im März 2016), ein Haushaltsdefizit über den Maastricht-Vorgaben und eine wachsende soziale Ungleichheit, aber die Erhöhung der Investitionen, der Exporte und des Binnenkonsums sorgten für mehr Beschäftigung und eine generell positivere Stimmung im Land.

Gleichzeitig bannte seit 2012 eine flexiblere Währungspolitik der Europäischen Zentralbank die Gefahr einer erneuten Erhöhung der Risikoprämie der öffentlichen Verschuldung, die im größten südeuropäischen Land inzwischen auf 100 Prozent des BIP gestiegen ist. Insgesamt betrachtet war die Situation noch immer schwierig, aber etwas weniger problematisch als in den Vorjahren, und im Kontext eines stagnierenden Europas

1 Das spanische Wirtschaftswachstum von 3,2 Prozent steht einem Anstieg von nur 1,7 Prozent in der Eurozone und einer mittelmäßigen Bilanz der größeren Mitgliedstaaten gegenüber (Deutschland 1,7 Prozent, Frankreich 1,2 Prozent, Großbritannien 2,3 Prozent und Italien 0,8 Prozent) und einer eindeutig schlechteren Performance der südeuropäischen Länder (Portugal, 1,5 Prozent, Griechenland -0,2 Prozent und Zypern 0,6 Prozent). Irland und Schweden waren die einzigen westeuropäischen Staaten mit besseren Ergebnissen, Vgl. The World Bank: Annual GDP Growth. national accounts data 2015, abrufbar unter: <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG> (letzter Zugriff: 26.10.2016).

war die Erholung der spanischen Wirtschaft positiv zu bewerten, führte aber aufgrund der politischen Ausnahmesituation nicht zu einer Stärkung der spanischen Position in Europa.

Das Wirtschaftswachstum ermöglichte ebenfalls einen, wenn auch geringen, Anstieg der Entwicklungshilfe nach der drastischen Kürzung von 70 Prozent infolge der Finanzkrise 2008. 2015 erhöhte die Regierung Rajoy mit einem Gesamtvolumen von 1,6 Mrd. Dollar die spanische Entwicklungszusammenarbeit um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und etablierte Spanien als sechzehntgrößten weltweiten Geber. Dennoch blieb der Anteil der Entwicklungshilfe mit 0,13 Prozent des BIP im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten wie Schweden oder Großbritannien sehr gering.

Die Sicherheitspolitik auf dem europäischen Kontinent war gekennzeichnet von der permanenten terroristischen Bedrohung und wurde von drei zentralen Herausforderungen bestimmt: die Attentate in Paris und Brüssel, die Flüchtlingsproblematik und die aggressive Haltung Russlands. Keines dieser drei Risiken war für Spanien von herausragender Bedeutung. Obwohl auch Spanien in der Vergangenheit mehrfach Opfer von Terroranschlägen gewesen war, zeigte das Land gerade deshalb eine besondere Reife. Dies gilt sowohl bezüglich der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Polizei als auch für die Resilienz der spanischen Bürgerinnen und Bürger.

Im gesamteuropäischen Kontext war Spanien aber weitgehend handlungsunfähig. Als sich Frankreich nach den Attentaten in Paris und Brüssel auf die kollektive Selbstverteidigung (Art. 42 Abs. 7 des EU-Vertrages) berief, wonach die anderen Mitgliedstaaten im Falle eines bewaffneten Angriffs Hilfe und Unterstützung leisten müssen, zeigte sich die Interimsregierung von Mariano Rajoy im Gegensatz zu anderen Regierungen, die militärische Zusammenarbeit anboten, aufgrund der internen Restriktionen wenig kooperationsbereit und reagierte zögerlich. Dennoch hatte Spanien 2015 große Erfolge bei der Terrorismusbekämpfung und -prävention zu verzeichnen. Unter anderem gelang es der Polizei 75 vermeintliche Dschihadisten im In- und Ausland festzunehmen – doppelt so viele wie 2014. Es handelt sich um die höchste Zahl an Festnahmen in den letzten zehn Jahren, was sich einerseits auf die Effizienz der spanischen Sicherheitskräfte zurückführen lässt, aber auch auf die wachsende Mobilisierung von Terroristen aufgrund der dschihadistischen Aufstände in Syrien und Irak, die sich von Spanien aus auf andere Länder verteilen. Trotz der terroristischen Mobilisierung und der Verbreitung des fundamentalistischen Dschihadismus gehört Spanien nicht zu den gefährdetsten EU-Staaten. Dies gilt in Bezug auf die Anzahl der aus- und inländischen Terroristen, die mit Blick auf andere Staaten wie Frankreich, Belgien, Großbritannien, Deutschland, Dänemark oder Schweden vergleichsweise gering ist.

Die massive Ankunft von Flüchtlingen war in Spanien kaum zu spüren. Bis zum Herbst 2016 nahm das Land lediglich 481 der insgesamt 17.680 Flüchtlinge auf, die in den kommenden zwei Jahren nach Spanien umverteilt werden sollen. In einem Land, das bereits 5 Mio. Einwanderer hat (11 Prozent der Bevölkerung) und in dem es keine rechtspopulistische Partei gibt, wird die Debatte vom Tenor bestimmt, Regierungen und EU-Institutionen sollen großzügiger sein und Flüchtlinge nicht abschieben. Gleichzeitig aber verhinderte die politische Ausnahmesituation der Interimsregierung wichtige spanische Impulse für eine gemeinsame EU-Migrations- und Asylpolitik, die dringend geboten ist, da es, wie die Flüchtlingskrise zeigte, keine nationalen Lösungen geben kann. Die Migrationsproblematik stellt auch für Spanien als einziges Land mit einer EU-Außengrenze zu Afrika eine große Belastung dar. Dies gilt vor allem für Themen wie den Schutz der spanischen Außengrenzen zu Afrika, die Achtung der Menschenrechte, eine einheitliche Behandlung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in der Europäischen Union, ihre gemein-

same solidarische Verteilung, soziale Integration und eine europäische Liste ‚sicherer Staaten‘ zur Aufnahme von Flüchtlingen.

Die Problematik um Russland liegt geographisch und politisch weit entfernt von Spanien. Auch wenn man die Regierung zeitweilig wegen ihrer etwas lauen Haltung gegenüber Moskau kritisieren kann (Russland ist mit einem Anteil von etwa 13 Prozent ein wichtiger Erdöllieferant und auch für den spanischen Tourismus bedeutend), hat sie letztendlich eine einheitliche Politik der Europäischen Union in dieser Frage befürwortet und Sanktionen wie auch militärische Hilfe zum Schutz der EU-Grenzen mitgetragen.

Mit Blick auf die dritte Stärke, dem pro-europäischen Konsens, lässt sich auch in diesem Jahr erneut unterstreichen, dass es weder innerhalb der spanischen Elite noch bei den Bürgerinnen und Bürgern europaskeptische Ressentiments gibt. Keine der vier großen Parteien (PP, PSOE, Podemos und Ciudadanos) oder der nationalistischen Regionalparteien in Katalonien und im Baskenland stellen den Verbleib in der Europäischen Union infrage und teilen trotz aller Gegensätze einen Diskurs, der dem europäischen Föderalismus nahesteht. Die konservative Regierung von Rajoy hatte in der ersten Jahreshälfte 2015 diesbezüglich ein wichtiges Strategiepapier² verabschiedet, um den Integrationsprozess zu stärken. Auch wenn der zuvor fast naive pro-europäische Diskurs inzwischen durch eine pragmatischere Linie ersetzt worden ist, zeigen alle nationalen Umfragen auch weiterhin eine große Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses seitens der spanischen Bürgerinnen und Bürger. Im European Social Survey 2015 steht Spanien sogar an der Spitze der Länder, die mehr Integration in der Europäischen Union forderten. Dies steht im Gegensatz zu vielen EU-Ländern mit aufstrebenden europaskeptischen Parteien, die beispielsweise Großbritannien in den Brexit manövierten oder wie in Zentral- und Osteuropa offen gegen Brüssel rebellierten.

Die außenpolitischen Kosten der ‚Nicht-Regierung‘

In einem Europa, das Ende 2015 von wirtschaftlicher Stagnation, Angst vor Terrorismus und europaskeptischem Populismus gekennzeichnet war, hätte Spanien an Führung und Einfluss gewinnen können. Allerdings hat die politisch-institutionelle Stagnation, die das Land im Herbst 2015 nach dem zweiten Urnengang ohne eine regierungsfähige Mehrheit erfasst hatte, diese Chance auf eine stärkere Rolle in Europa zunichte gemacht.

Wie ein im Sommer 2016 erstellter interner Bericht des Außenministeriums über die Kosten der ‚Nicht-Regierung‘ zeigte, haben die mehr als 315 Tage Interimsregierung schwerwiegende Konsequenzen für die internationale und europäische Profilierung Spaniens gehabt. Die politische Blockade hat vor allem in zwei eng miteinander verbundenen Bereichen Auswirkungen gehabt: a) ein deutlicher Verlust der Steuer- und Einflussfähigkeit auf internationaler und europäischer Ebene, b) eine begrenzte Handlungsfähigkeit in der Europäischen Union.

Durch die interne Blockade konnte Spanien seine zweijährige Aufnahme in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in dem das Land seit Januar 2015 als einzig europäisches nichtständiges Mitglied vertreten war, nicht voll nutzen und vor allem im letzten Jahr

2 Ministerio de Asuntos Exteriores y de Cooperación: Strategy for External Action, February 2015, abrufbar unter: www.exteriores.gob.es/Portal/es/SalaDePrensa/Multimedia/Publicaciones/Documents/ESTRATEGIA%20ACCION%20EXTERIOR%20ingles.pdf (letzter Zugriff: 26.10.2016); und: Informe anual de aplicación de la estrategia de acción exterior 2015, Mayo 2016, S. 43, abrufbar unter: www.exteriores.gob.es/Portal/es/SalaDePrensa/Multimedia/Documents/2016_INFORME%20ANUAL%20ESTRATEGIA%20ACCION%20EXTERIOR.PDF (letzter Zugriff: 26.10.2016).

keine eigenen Initiativen mehr präsentieren. Bis zu den Parlamentswahlen im Dezember 2015 fungierte Spanien als Berichterstatter für Afghanistan, setzte sich zusammen mit Jordanien und Neuseeland für die Verbesserung der humanitären Situation im Syrien-Konflikt ein (unter anderem über die Resolution 2258 über neue Rahmenbedingungen für humanitäre Hilfe) und organisierte in Madrid ein Ministertreffen des Sicherheitsrates zur Terrorismusbekämpfung. Im Dezember 2015, kurz vor dem ersten Wahlgang, feierte Spanien seine 60-jährige Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen.

Die interne Blockade verringerte ebenfalls die Sichtbarkeit wichtiger diplomatischer Ereignisse wie beispielsweise das 25-jährige Bestehen der Iberoamerikanischen Gipfeltreffen, 40 Jahre diplomatische Beziehungen mit Mexiko oder 30 Jahre mit Israel. Die Haushaltsrestriktionen der Übergangsregierung Rajoy verhinderten die Organisation größerer Feierlichkeiten und verärgerten die Partner, da Spanien den Ereignissen nicht die gebührende Bedeutung beimessen konnte. Selbst der erstmalige Staatsbesuch von Barack Obama in Spanien im Juli 2016 blieb weitgehend ergebnislos.

Im Hinblick auf die gemeinsamen Probleme in Europa hatte Spanien ein geringes Gewicht bei den Verhandlungen über ein Flüchtlingsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Zudem war das Land in der Frage gespalten: Rajoy sprach sich zunächst für die Legalität des Abkommens aus, kurz darauf aber bezeichnete es Außenminister José Manuel García Margallo als inakzeptabel. Das Übergangsparlament stimmte gegen das Abkommen. Dabei spielte die Frage der Menschenrechte vor und nach dem Putschversuch in der Türkei und der autoritären Maßnahmen der Regierung Erdogan eine entscheidende Rolle. Auch in Spanien wurde das Dilemma Sicherheit und Menschenrechte kontrovers diskutiert. Zwar kontrolliert Spanien seine EU-Außengrenzen sehr erfolgreich, andererseits aber kritisierte der im Juli 2015 veröffentlichte Bericht des VN-Menschenrechtsrates die spanische Praxis der sofortigen Abschiebung (*expulsiones en caliente*) an den Grenzen der Enklaven Ceuta und Melilla.

In der EU-Politik gegenüber Lateinamerika, einer strategisch bedeutenden Region für Spanien, spielte Madrid kaum eine Rolle. Die Impulse für das Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung Santos und der Guerillagruppe FARC, das am 24. August 2016 in Havanna unterzeichnet wurde, gingen von Kuba und Venezuela als beteiligte Staaten sowie Norwegen und Chile als Garanten aus und hatten weder eine spanische noch eine europäische Prägung. Aufgrund seines Interimscharakters konnte die Regierung Rajoy auch keine konkreten finanziellen Kompromisse beim EU-Nachkriegsfonds für Kolumbien eingehen. Bereits zuvor war die zu diesem Zeitpunkt noch handlungsfähige Regierung Rajoy nicht an der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kuba und Washington beteiligt gewesen; der Verhandlungsprozess fand in Kanada statt und wurde vom Papst vermittelt. Auch in der Debatte über die Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union zu Kuba nach der Unterzeichnung des Dialog- und Kooperationsabkommens im März 2016 in Havanna war Spanien kaum präsent, unter anderem weil der Standpunkt 1996 von der konservativen Regierung von José María Aznar lanciert worden war. Nach den Regierungswechseln in Argentinien und Brasilien zugunsten konservativer Präsidenten verbesserten sich zwar die spanischen Beziehungen zu beiden südamerikanischen Staaten, ein Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Gemeinsamen Markt Südamerikas (MERCOSUR) wurde jedoch nicht vorangebracht. Lediglich Venezuela nahm einen bedeutenden Teil der Debatten ein, die jedoch weniger von außenpolitischen Interessen als von ideologischen Grabenkämpfen zwischen Podemos (pro-Chavista) und den restlichen Parteien (anti-Chavistas) in der langen Wahlkampfphase geprägt war.

Einflussverlust Spaniens in der Europäischen Union

Die begrenzte Handlungsfähigkeit Spaniens in der Europäischen Union ist eine Folge der Blockade, da die spanische Verfassung die Kompetenzen einer Interimsregierung erheblich beschränkt und sie praktisch handlungsunfähig macht. So durfte die Interimsregierung der konservativen Volkspartei keine neuen Initiativen präsentieren oder unterschreiben und hatte eine sehr begrenzte Kapazität, Entscheidungen über dringende politische Entwicklungen zu treffen (vor allem wenn damit Ausgaben verbunden waren) und konnte nicht einmal höhere Ämter oder Botschafter neu besetzen.

Die lange Interimsphase bedeutete auch die Vertagung wichtiger Reisen und Staatsbesuche sowie bilateraler Gipfeltreffen (unter anderem mit Deutschland, Frankreich, Italien und Portugal) und die Verringerung des persönlichen Austausches bei EU-internen Sitzungen. Selbst 40 internationale bereits verhandelte Abkommen, einschließlich derjenigen, die für die Europäische Union von besonderem politischen Interessen waren (wie das Klimaschutzabkommen), konnten nicht ratifiziert werden. Dies galt auch für 18 gemeinschaftliche Richtlinien, sodass die Europäische Kommission, falls Spanien das Höchstdefizit von einem Prozent überschreiten sollte, Strafen verhängen könnte. Das zwangsläufig geringe Profil Spaniens in der EU-Politik des letzten Jahres wurde bei allen wichtigen Themen deutlich: dem Brexit, der Wirtschafts- und Währungsunion, der gemeinsamen Terrorismusbekämpfung oder der Debatte über die Zukunft der Union.

Die britische Referendumsentscheidung für den Brexit am 23. Juni 2016 war zweifellos das wichtigste Thema auf der EU-Agenda. Seit Beginn der Verhandlungen mit dem damaligen britischen Premierminister David Cameron zeigte sich Spanien besorgt über die negativen Auswirkungen eines Austritts Großbritanniens für die Europäische Union, wie für die engen bilateralen Beziehungen auf Unternehmens- und Regierungsebene, die Sicherheitskooperation und die Übereinstimmung in Bezug auf die wirtschafts- und geopolitische Ausrichtung des Integrationsprozesses. Ein Brexit könnte auch den langjährigen bilateralen Konflikt über Gibraltar schüren, aber auch das Risiko einer Sezession Schottlands von Großbritannien verbunden mit einer Neuaufnahme in die Europäische Union erhöhen, was wiederum dem katalanischen Nationalismus neuen Auftrieb geben würde. Trotz der Bedeutung all dieser Fragen war die Regierung Rajoy sowohl bei den Vorverhandlungen der Europäischen Union mit Cameron, der nach dem Referendum zurücktrat, als auch anschließend mit der neuen britischen Premierministerin Theresa May kaum präsent. Die spanische Regierung verhielt sich konstruktiv-passiv, obwohl sie in fast allen Punkten von der britischen Position abwich und das Parlament versuchte, eine wesentlich härtere Haltung (gegen ein britisches Sonderabkommen mit der Europäischen Union) durchzusetzen, was in Spanien wiederum ein Novum war. Nach dem britischen Referendum vernahm man die spanische Position nur noch verhalten. Spanien wurde nicht zu den von Deutschland, Frankreich und Italien einberufenen Sondertreffen zum Brexit eingeladen. Auf interner Ebene kam nicht einmal eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Wahrung der spanischen Interessen – wie die Beibehaltung sozialer Rechte spanischer Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien oder die Verlagerung europäischer Agenturen nach Madrid – zustande. Im Hinblick auf den Konflikt um Gibraltar sah Außenminister García-Margallo die Verhandlungen zwar als Chance für einen gemeinsamen Status der geteilten Souveränität, konnte die Idee aufgrund der bestehenden Restriktionen jedoch nicht umsetzen.

Neben dem Brexit stand die Zukunft des Euro erneut im Mittelpunkt der europäischen Debatte. Im Berichtsjahr wurden graduelle Fortschritte bei der Steuerung der gemein-

samen Währung sowie in einigen anderen Bereichen (Handelspolitik, Energie, Transport oder Justiz) erzielt. Dabei lag die eigentliche Priorität der Interimsregierung Rajoy in den letzten sechs Jahren eindeutig auf der Stabilisierung der Währungsunion.³ Im Mai 2015 hatte die Regierung einen wichtigen Beitrag zur Debatte über die Steuerung der Währungsunion geleistet, die in letzter Konsequenz eine Fiskalunion mit einem gemeinsamen EU-Haushalt und Eurobonds vorsah.⁴ Allerdings stagnierte die Debatte in der Eurozone nach dem Bericht der Fünf Präsidenten, dem Brexit und der Flüchtlingskrise. Da erst nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich 2017 neue Schritte erfolgen dürften, fiel die spanische ‚Abwesenheit‘ hier zwar kaum auf, dennoch aber verpasste man die Chance, eine spanische Stimme mit anderen Akzenten als beispielsweise der italienischen in die Debatte einzubringen. Dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, dass sich Spanien durch die deutliche Überschreitung des Haushaltsdefizits und der zu erwartenden Sparmaßnahmen und Sanktionen seitens der Europäischen Union hier in keiner starken Position befand.

Das deutlichste Beispiel für den Einflussverlust Spaniens in der Europäischen Union war die Herausbildung eines Führungstrios zwischen Deutschland, Frankreich und Italien nach dem Referendum in Großbritannien. Die Staatengruppe hielt regelmäßige Treffen ab, an denen Spanien und andere EU-Staaten nicht teilnahmen. Der Ausschluss von diesen internen Debatten und das begrenzte Mandat bei den Verhandlungen mit der Europäischen Kommission über mögliche Bußgeldzahlungen wegen der Defizitüberschreitung verdeutlichten die schwierige Situation Spaniens während der zehnmonatigen Phase ohne voll funktionsfähige Regierung. Erst Ende Oktober 2016, als sich die PSOE bei der Abstimmung eines neuen Mandats von Rajoy der Stimme enthielt, änderte sich die Situation und Spanien verfügt wieder über eine Regierung, die im Gegensatz zum vorigen Mandat Rajoys allerdings keine Mehrheit hinter sich hat und auf wechselnde Koalitionen angewiesen ist. Das wahrscheinlichste Szenario ist deshalb eine Fortsetzung eines politisch schwachen Spaniens in der Europäischen Union.

Weiterführende Literatur

William Chislett: A New Course for Spain: Beyond the Crisis, Real Instituto Elcano, 2016, abrufbar unter: www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/web/rielcano_es/publicacion?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/elcano/elcano_es/publicaciones/chislett-new-course-for-spain-beyond-crisis (letzter Zugriff: 26.10.2016).

Ignacio Molina/Oriol Homs/César Colino: Spain Report. Sustainable Governance Indicators 2016, Gütersloh 2016.

Charles Powell: Letter from Madrid, in: Judy Dempsey's Strategic Europe, Carnegie Europe, 6.2.2015, abrufbar unter: <http://carnegieeurope.eu/strategieurope/?fa=58975> (letzter Zugriff: 26.10.2016).

Real Instituto Elcano: The 2015 Spanish General Election: political parties' international priorities, December 2015, abrufbar unter: www.realinstitutoelcano.org/wps/wcm/connect/1d10fb804afa04658565cfc71300caaf/2015-Spanish-General-Elections-Foreign-Policy-doc.pdf?MOD=AJPERES&CACHEID=1450382515987 (letzter Zugriff: 26.10.2016).

Toni Rodon/María José Hierro: Podemos and Ciudadanos Shake up the Spanish Party System, in: South European Society and Politics 3/2016, S. 339-357.

3 Ministerio de Asuntos Exteriores y de Cooperación: Strategy for External Action, 2015.

4 The Government of Spain: Spanish contribution to discussion about Governance of the European Monetary Union, 27.5.2016; Siehe den spanischen Beitrag zur Diskussion über die Governance der Europäischen Währungsunion (27. Mai 2015), abrufbar unter: www.lamoncloa.gob.es/lang/en/gobierno/news/Paginas/2015/2015_0527-eu-governance.aspx (letzter Zugriff: 26.10.2016).